

60 JAHRE CDU

VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Ansprechpartner: Dr. Günter Buchstab
Leiter Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Tel: 02241-246210
Fax: 02241-246669
E-Mail: guenter.buchstab@kas.de

INHALT

➤ GESCHICHTE DER CDU	3
➤ VORSITZENDE UND GENERALSEKRETÄRE	10
➤ KÖLNER LEITSÄTZE	12
➤ GRÜNDUNGSAUFRUF BERLIN	16

GESCHICHTE DER CDU

Die Gründung der Unionsparteien ist die bedeutsamste Innovation in der deutschen Parteiengeschichte seit 1945. CDU und CSU haben die seitherige Entwicklung wesentlich mitbestimmt und dem Parteiensystem zu einer ungewohnten Stabilität verholfen. Dieser Neuanfang bedeutete zugleich das Ende eines christlich-konfessionellen Parteityps, der sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes entstanden überall in Deutschland politische Gruppierungen, die eine interkonfessionelle Volkspartei anstrebten. Am 26.6.1945 veröffentlichte in Berlin ein Gründerkreis mit Andreas Hermes an der Spitze einen Aufruf zur Sammlung christlich, demokratischer und sozialer Kräfte. In Köln fiel im Juli 1945 mit dem Aufruf für die Gründer einer Christlich-Demokratischen Partei (CDP) zugleich eine Vorentscheidung gegen die Wiedergründung der katholischen Deutschen Zentrumspartei. Bis zum Frühjahr 1946 war die Phase der Neugründung in allen vier Besatzungszonen, auf Stadt-, Kreis-, Land- oder anderer Verwaltungsebene abgeschlossen. Auf einem Reichstreffen am 14.–16.12. 1945 in Bad Godesberg hatten sich die Delegierten mit Ausnahme der bayerischen CSU auf den Namen CDU geeinigt.

Die neue Partei nannte sich zur Abgrenzung von herkömmlichen Parteien Union. Die Grundsätze christlichen Staats- und Gesellschaftsverständnisses gaben ihr nach der Katastrophe des Nationalsozialismus eine geistig-moralische Orientierung für den Neuanfang. Drei Leitideen kennzeichnen die Neugründung. Die Union, der Brückenschlag zwischen katholischen und evangelischen Christen, überwand konfessionell bedingte Gegensätze in der Politik (Interkonfessionalität). Die Integration unterschiedlicher sozialer Schichten, früherer politischer Ausgangspositionen sowie landsmannschaftlich-föderal geprägter Unterschiede zielte auf eine umfassende Volkspartei. Schließlich beanspruchte man zur Erneuerung Deutschlands auch programmatisch die politische Führung und wollte als Mehrheitspartei die Politik bestimmen. Bis zu dem bundesweiten Zusammenschluß der CDU auf dem Goslarer Parteitag im Oktober 1950 hatten sich Wahlerfolge in den Ländern und die Durchsetzungskraft im Frankfurter Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat zu einem knappen Sieg bei der Bundestagswahl 1949 verdichtet. Programmatisch hatte die Union sich in dieser

Zeit von Vorstellungen eines christlichen Sozialismus (Ahlener Programm vom 3.2.1947) zur Sozialen Marktwirtschaft (Düsseldorfer Leitsätze vom 15.7.1949) umorientiert. Bis 1949 war Konrad Adenauer zur dominierenden Führungspersönlichkeit im Westen geworden. Mit seiner Wahl zum ersten Bundeskanzler (15.9.1949) war auch die Entscheidung gegen den Führungsanspruch der Berliner Gründer gefallen, die unter Andreas Hermes und Jakob Kaiser sowohl eine zentrale Bedeutung für ganz Deutschland wie eine eigenständige Rolle in der SBZ beanspruchten, aber von der sowjetischen Besatzungsmacht aus ihren Ämtern verdrängt worden waren. Damit waren auch ihre außenpolitischen Brückenkonzepte und ihre Vorstellung eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus gescheitert. Die bis Ende 1947 eigenständige und erfolgreiche Partei in der SBZ (über 200.000 Mitglieder) wurde bis 1952 zu einer „einschränkungslos-sozialistischen Partei“ der DDR und zu einer Blockpartei (Otto Nuschke) transformiert.

Die Entwicklung der CDU bis 1969 ist geprägt von der Rolle als dominierende Kanzlerpartei. In der Adenauer-Ära, unter dem Vorsitz Adenauers (1950–1966) sowie unter den Bundeskanzlern Ludwig Erhard (1963–1966) und Kurt Georg Kiesinger (1966–1969) erreichte die Union glänzende Wahlerfolge. Bei keiner Wahl seit 1953 kam sie auf weniger als 45 % der Stimmen, 1957 erreichte sie zum einzigen Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mit 50,2 % auch die absolute Wählermehrheit. Bis 1961 hatte sie auch einen Großteil der nach 1945 neu entstandenen Klein-, Regional- oder Interessenparteien (z. B. Deutsche Zentrumspartei, BHE/GB, Deutsche Partei) ohne Reibungsverluste oder Identitätseinbußen aufgesogen und integriert.

Die Volkspartei CDU entsprach organisatorisch weitgehend dem Typ einer Honoratiorenpartei mit ausgeprägt föderalem Charakter. Die Landesverbände hatten herausragende Bedeutung und kontrollierten die Kandidatenauswahl bei Landtags- und Bundestagswahlen. Die Partei finanzierte sich und die Wahlkämpfe überwiegend aus Spenden; Mitgliedsbeiträge fielen kaum ins Gewicht. Nur die Hälfte der etwa 400 Kreisverbände verfügte über einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Die politische Willensbildung und die programmatische Ausrichtung erfolgten nicht in erster Linie über die Organisationsstufen der Partei (Bundespartei, LV, KV, OV). Politischen Einfluß gewannen stärker und je nach Gewicht die Vereinigungen und Arbeitskreise innerhalb der Partei: Junge Union, Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft,

Frauen-Union, Mittelstandsvereinigung, Kommunalpolitische Vereinigung, Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung, Evangelischer Arbeitskreis, Wirtschaftsrat der CDU und – seit 1988 – die Senioren-Union. Dazu spielte eine enge Verzahnung mit dem vorpolitischen Raum in Vereinen, Verbänden und Kirchen für Wähleransprache und Elitenrekrutierung eine bedeutsame Rolle. Die zentralen programmatischen Leitbilder, die in erfolgreiche Regierungspolitik umgesetzt wurden, waren wichtige Elemente des Zusammenwachsens und des Zusammenhalts: die Soziale Marktwirtschaft als Basis für Wiederaufbau, Wohlstand und soziale Absicherung, die Westintegration als wertgebundene Außen- und Sicherheitspolitik sowie das Selbstverständnis als Europapartei und als Partei der deutsche Einheit.

In den 60er und beginnenden 70er Jahren geriet die Union unter Anpassungsdruck. Die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse änderten sich. Fragen der Führung und der Mitgliedschaft, der Programmatik und der Organisation erhielten unter dem Stichwort Parteireform neuen Stellenwert. Erstmals war auf wirtschaftliche Rezessionserscheinungen einzugehen, die Entspannungsversuche zwischen den Supermächten (Ost-West-Konflikt) drohten vitale deutschen Interessen zu vernachlässigen, die christliche geprägten Normen und Wertvorstellungen in der Gesellschaft verloren durch fortschreitende Säkularisierung ihre bisherige Verbindlichkeit. Die Partei sackte besonders in Großstädten ab und mußte in den Ländern empfindliche Einbußen hinnehmen. Die Parteivorsitzenden Ludwig Erhard (1966/67) und Kurt Georg Kiesinger (1967–1971) konnten nicht verhindern, daß die SPD für immer größere Schichten eine wählbare Alternative wurde. Die Diskussion um eine Parteireform kam seit Ende der 50er Jahre nicht vom Fleck. Urteile des Bundesverfassungsgerichts 1958 und 1966 blockten die seitherige Finanzierung über Steuern und Spenden ab (Parteienfinanzierung). Das Parteiengesetz von 1967 forderte Veränderungen in den Strukturen der innerparteilichen Willensbildung. Auf dem Parteitag 1967 in Braunschweig wurden die Voraussetzungen für eine handlungsfähige Bundespartei geschaffen. Die neue Satzung legte fest, daß alle Vorstandsmitglieder gewählt wurden, ebenso der neu eingeführte Generalsekretär (CDU-Statut). Der frühere Bundesgeschäftsführer (1952–1958) Bruno Heck blieb Generalsekretär bis 1971. Er reorganisierte die CDU-Bundesgeschäftsstelle und die Kreisverbände und ließ alle Parteiebenen das Berliner Programm (1968) mitdiskutieren und mitbestimmen, das erste um

fassende Parteiprogramm seit 1949. Diese Anstrengungen halfen mit, 1969 den Regierungsverlust trotz eines respektablen Wahlergebnisses (46,1 %) ohne innere Zerreißprobe zu bewältigen. Die Opposition und der politische Kampf gegen die Ost- und die Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition wurden jedoch überwiegend von der Fraktion aus betrieben. Der Führungsanspruch des Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel wurde 1971 mit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden bestätigt. Er trat 1973 nach miglcktem Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt und verlorener Bundestagswahl 1972 (44,9 %) zurück.

1973 wurde Helmut Kohl zum Vorsitzenden gewählt. Die 25 Jahre unter seinem Vorsitz lassen sich in drei Zeiträume unterteilen. In der Oppositionszeit von 1973–1982 wurde die Partei neu formiert; in der Regierungszeit bis 1989/90 standen die Stabilisierung und Neuausrichtung von Wirtschafts-, Außen- und Europapolitik im Vordergrund; bis 1998 mußten die innere Einheit des wiedervereinigten Deutschlands und die Veränderungen in Europa nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums vorrangig gestaltet werden. Die bisherigen Ansätze einer Parteireform wurden seit 1973 umgesetzt. Die Mitgliederentwicklung war seit 1945 uneinheitlich verlaufen. In den Westzonen gab es bis zur Währungsreform (1948) geschtzte 400.000 Mitglieder. Die Zahl sank bis 1954 auf ca. 215.000, stieg 1962 auf 248.633, 1969 auf 303.532 an. In dem Jahrzehnt bis 1981 verdoppelte sie sich auf 705.116. Die Mitgliederzahl erreichte 1985 mit 734.361 ihren Höchststand und sank kontinuierlich bis 1990 auf 655.200. Durch den Zugang aus den fünf neuen Ländern erhöhte sich die Mitgliederzahl 1991 auf 756.519; sie sank bis 1994 auf 624.279 und stabilisierte sich bis 1999 bei 638.056. Auch die Mitgliederstruktur änderte sich erheblich. Bis 1970 waren über 70 % katholisch und nur wenig über 20 % evangelisch, 1982 waren knapp 60 % katholisch und knapp 35 % evangelisch, 1990 gut 58 % katholisch und gut 35 % evangelisch. Der Anteil der Frauen stieg von etwa 13 % in den 60er Jahren über 21 % 1982 auf 23 % 1990. Der Altersdurchschnitt (2000: 54,9 Jahre) und der Anteil der über 60jhrigen (43,3 %) sanken erheblich; 52,1 % waren katholisch und 34,8 % evangelisch bei einem Frauenanteil von 25,2 %.

Parallel zur Mitgliedersteigerung wurde der hauptamtlich besetzte Parteiapparat ausgebaut. Neben 240 Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle arbeiteten 1979 ca. 620 Beschäftigte auf Landes- und Kreisebene. Auf dem Parteitag in Ludwigshafen

wurde 1978 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Die ersten beiden Generalsekretäre Kurt Biedenkopf (1973–1977) und Heiner Geißler (1977–1989) hatten erheblichen Anteil daran, die CDU zu einer organisationsgefestigten Volkspartei zu reformieren und programmatisch zu erneuern. Das Grundsatzprogramm umschrieb das christliche Selbstverständnis, die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft und die europa- und deutschlandpolitische Zielsetzung angesichts veränderter Rahmenbedingungen. Nicht zuletzt konzentrierte sich die Partei stärker auf internationale Zusammenarbeit. Seit 1947 arbeitete man in den Nouvelles Equipes Internationales (NEI) mit, die 1965 in die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) umgewandelt wurden. 1976 wurde unter maßgeblichem Einfluß der CDU die Europäische Volkspartei (EVP) als „Föderation der christlich-demokratischen Parteien der EG“ gegründet. Zusätzlich ist die Partei Mitglied der 1978 entstandenen, auch konservative Parteien umfassenden Europäischen Demokratischen Union (EDU). Bei den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament erhielt die Union 1979 49,2 % der Stimmen. Die CDU wurde zu einer Mitgliederpartei mit hauptamtlicher Organisationsstruktur und übernahm zugleich eine führende Rolle in europäischen und internationalen Parteizusammenschlüssen.

Bis zur Regierungsübernahme von 1982 war die CDU vom Ur- und Prototyp einer Volkspartei zur modernen Volkspartei umgestaltet worden. Die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Union wurde in den Bundestagswahlen von 1976–1987 mit Ergebnissen von über 45 % und in den Landtagswahlen (mit Regierungsübernahmen in Niedersachsen, Berlin und Hessen) bestätigt. Zu den politischen Leitbildern der Regierungsjahre 1982–1989 gehörten die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft durch eine große Steuerreform sowie durch die Stabilisierung und Verbesserung der Sozialversicherungssysteme (Soziale Sicherungssysteme), außenpolitisch durch die europäische Einigung sowie die Stabilisierung der NATO und der transatlantischen Beziehungen. Nicht zuletzt war eine pragmatische, aber prinzipientreue Deutschlandpolitik Kennzeichen dieser Politik. Die Partei setzte vor allem in der Frauenpolitik (Essener Parteitag 1985) und in der Familienpolitik Akzente.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre zeigten sich allerdings deutliche Erosionserscheinungen. An den Rändern des Parteienspektrums tauchten mit den Grünen und den Republikanern neue Parteien auf. Die Erosion des katholischen und des her

kömmlich bürgerlichen Milieus betraf vor allem die traditionelle Klientel der Union. Wahlverluste in den Ländern und personell-programmatische Auseinandersetzungen steigerten sich gegenseitig. Sie kamen auf dem Bremer Parteitag (1989) mit dem Konflikt um Generalsekretär Geißler und dem Versuch, den Vorsitzenden Kohl zu stürzen, zu einem Höhepunkt. Der zeitlich unmittelbar darauf erfolgende Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und der kommunistischen Systeme gaben Kohl die staatsmännisch genutzte Chance, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen. Er nutzte gleichzeitig die Möglichkeit, eine demokratische und um bürgerrechtliche Strömungen erweiterte CDU in der DDR zu legitimieren. Sein Wahlkampfeinsatz war ein wesentlicher Grund für den Wahlsieg der von ihm geschmiedeten „Allianz für Deutschland“ (CDU, Demokratischer Aufbruch, Deutsche Soziale Union) bei den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990. Zur Erneuerung der CDU in der DDR gehörte auch das Bekenntnis, sich der Diktatur unterworfen und sie mitgetragen zu haben. Andererseits war sie in der DDR auch ein Sammelbecken für politisch-weltanschaulichen Unmut und Verweigerung gewesen. Die unter ihrem Vorsitzenden und letzten Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, sich erneuernde CDU wurde am 1.10.1990, zwei Tage vor der Wiedervereinigung, mit ihrem Landesverband auf dem Hamburger Parteitag Teil der CDU Deutschlands.

Die Integration und Neuformierung der fünf neuen ostdeutschen Landesverbände war eine zentrale Aufgabe des Generalsekretärs Volker Rühle (1989–1992) und seines Nachfolgers Peter Hintze (1992–1998). Sie wurde erleichtert durch die Wahlsiege der CDU 1990 in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. In Brandenburg gelang dies nicht. Gleichzeitig bedeutete der Aufbau Ost eine Bürde auch für das Zusammenwachsen der Partei. Struktur und Organisation sowie das Personal der Parteiverbände in den neuen Ländern mit 134.500 Mitglieder Ende 1989 mußten weitgehend neu geschaffen werden. Für die CDU erhielt die Herstellung der inneren Einheit Vorrang (1991 Weimarer Erklärung und Dresdener Manifest). Sie verabschiedete auf ihrem Parteitag in Hamburg 1994 ein neues gesamtdeutsches Grundsatzprogramm und untermauerte damit ihren Anspruch, die Partei der Einheit zu sein. Die Regierungspolitik bis zur Wahl 1994 hatte drei Schwerpunkte: der Binnenausgleich und die Erneuerung des Standorts Deutschland (Solidarpakt 1993), die Annahme neuer internationaler Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands

(Verträge mit Polen und Rußland, Out of Area-Einsatz der NATO) und schließlich die europäische Zukunft (Vertrag von Maastricht 1992). Union und Koalition siegten nochmals bei der Bundestagswahl 1994 (CDU und CSU 41,5 %). Zu den anstehenden Aufgaben gehörten die Durchsetzung der einheitlichen europäischen Währung Euro und die Einstellung Deutschlands auf die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Spannung von Kanzlerdemokratie und Koordinationspolitik in der Koalition verhinderte jedoch zunehmend ein entschlossenes und einheitliches Vorgehen. Der Umbau des Sozialstaates und die Anstrengungen im Zusammenhang mit der Globalisierung der Wirtschaft (Steuerreform) stießen auf die Blockade durch die Opposition im Bundesrat. Innerhalb der Partei wurde immer häufiger die Frage nach der Nachfolge gestellt. 1998 ging Kohl nochmals als Spitzenkandidat in die Bundestagswahl. Diese ging dramatisch verloren (CDU und CSU 35,1 %). Kohl trat als Parteivorsitzender zurück; Wolfgang Schäuble wurde 1998 zum Nachfolger gewählt. Die Stabilität der Volkspartei erwies sich 1999 bei Siegen in Landtags- und Kommunalwahlen. Wie stark der 25jährige Vorsitz durch Kohl die Partei geprägt hatte, wurde in der Parteispendenaffäre (1999/2000) deutlich. Sie stürzte die CDU in eine tiefe Krise. Schäuble trat 2000 zurück. Ihm folgte seine bisherige Generalsekretärin Angela Merkel als Parteivorsitzende. Die CDU hat die deutsche Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts programmatisch konzipiert und in 38 Regierungsjahren maßgebend gestaltet. Die Fähigkeit, ein Höchstmaß an Kontinuität zu wahren und sich gleichzeitig als Volkspartei auf veränderte politische und gesellschaftliche Verhältnisse einzustellen, kennzeichnet die Entwicklung der CDU seit mehr als 50 Jahren.

Lit.: D. BUCHHAAS: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (1981); W. SCHÖNBOHM: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (1985); W. BECKER: CDU und CSU 1945–1950 (1987); P. HAUNGS: Die CDU. Prototyp einer Volkspartei, in: A. MINTZEL/H. OBERREUTER (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (²1992); H.-O. KLEINMANN: Geschichte der CDU 1945–1982 (1993); KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (Hg.): Kleine Geschichte der CDU (1995); P. HINTZE (Hg.): Die CDU. Parteiprogramme (1995); O. NIEDERMAYER (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998 (1999).

aus: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002

VORSITZENDE UND GENERALSEKRETÄRE

CDU

Parteivorsitzende

1950–1966	Konrad Adenauer
1966–1967	Ludwig Erhard
1967–1971	Kurt Georg Kiesinger
1971–1973	Rainer Barzel
1973–1998	Helmut Kohl
1998–2000	Wolfgang Schäuble
seit 2000	Angela Merkel

Generalsekretäre

1967–1971	Bruno Heck
1971–1973	Konrad Kraske
1973–1977	Kurt Biedenkopf
1977–1989	Heiner Geißler
1989–1992	Volker Rühle
1992–1998	Peter Hintze
1998–2000	Angela Merkel
April–Nov. 2000	Ruprecht Polenz
2000–2004	Laurenz Meyer
seit 2005	Volker Kauder

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Vorsitzende

1949	Konrad Adenauer
1949–1955	Heinrich von Brentano
1955–1961	Heinrich Krone
1961–1964	Heinrich von Brentano

1964–1973	Rainer Barzel
1973–1976	Karl Carstens
1976–1982	Helmut Kohl
1982–1991	Alfred Dregger
1991–2000	Wolfgang Schäuble
2000–2002	Friedrich Merz
seit 2002	Angela Merkel

Kölner Leitsätze

*Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der
Christlichen Demokraten Deutschlands.*

Vorgelegt von den Christlichen Demokraten Kölns im Juni 1945.

Ein Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus hat Deutschland in ein Unglück gestürzt, das in seiner langen Geschichte ohne Beispiel ist.

Er bedeckte den deutschen Namen vor aller Welt mit Schmach und Schande.

Nie wäre dies alles über uns gekommen, wenn nicht weite Kreise unseres Volkes von einem habgierigen Materialismus sich hätten leiten lassen.

So erlagen allzuviel der nationalsozialistischen Demagogie, die jedem Deutschen ein Paradies auf Erden versprach.

Ohne eigenen sittlichen Halt verfielen sie dem Rassenhochmut und einem nationalistischen Machtrausch.

Mit dem Größenwahnsinn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten.

Am Ende stand der Krieg, der uns alle ins Verderben stürzte.

Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte, die einst das deutsche Volk beherrschten und es groß und angesehen machten unter den Völkern Europas.

Darum fort mit Diktatur und Tyrannei, Herrenmenschentum und Militarismus!
Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.

Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.

Unsere Jugend soll wieder lernen, das nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands vor der Welt ausmacht.

Darum sollen auch die geistig Schaffenden die Achtung wieder genießen, die ihrem schöpferischen Können gebührt.

Wahrheit, Ehrlichkeit und Treue zum gegebenen Wort soll unser öffentliches Leben leiten.

Lüge, Verstellung und Heuchelei, diese Pest des Hitlerismus, sollen niemals wiederkehren.

Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sollen eine neue Volksgemeinschaft beschirmen, die die gottgebene Freiheit des einzelnen und die Ansprüche der Gemeinschaft mit den Forderungen des Gemeinwohls zu verbinden weiß.

So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund aus widersprechen.

Unser fester Wille aber ist es, eine soziale Ordnung aufzurichten, die der demokratischen Überlieferung der deutschen Vergangenheit ebenso entspricht wie der Weite und dem Geiste des christlichen Naturrechtes.

Im Glauben an den lebendigen Gott beugen wir uns vor seinen Geboten, den wahren und einzigen Stützen sozialer Ordnung und Gemeinschaft.

Zu Beginn des schweren Werkes gedenken wir der Toten auf den Schlachtfeldern des Krieges und unter den Ruinen unserer Städte und Dörfer.

In Ehrfurcht neigen wir uns vor den Blutzügen des christlichen Glaubens und der bürgerlichen Freiheit, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen.

Im Geiste dieser Toten sind wir fest entschlossen, dem deutschen Volke im Rahmen des Reiches mit all unseren Kräften zu dienen.

Darum haben wir

Christliche Demokraten Deutschlands

uns zusammengefunden und folgende Leitsätze für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes beschlossen.

1. Die geistige Würde des Menschen wird anerkannt. Der Mensch wird gewertet als selbstverantwortliche Person, nicht als blosser Teil der Gemeinschaft.
2. Die Familie ist die Grundlage der sozialen Lebensordnung. Ihr Lebensraum ist heilig. Von Natur aus hat sie ihre eigenen Rechte, die unter dem besonderen Schutz des Staates stehen.
3. Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates. Der Rechtsstaat wird wieder hergestellt. Die Gerichtsbarkeit ist unabhängig und frei. Ihr einziger Leitstern ist das Gesetz, vor dem alle gleich sind.
4. Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung in Wort und Schrift im Rahmen der bestehenden Gesetze frei zu äußern. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit wird gewährleistet.

5. Alle religiösen Bekenntnisse sind frei in ihrer öffentlichen Bestätigung.
6. Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder ist die Grundlage der Schule. Diese gewährleistet die Bekenntnisschule für alle vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaften wie auch die christliche Gemeinschaftschule mit konfessionellem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach.
7. Das kulturelle Schaffen muß frei vom staatlichen Zwang sein. Seine Grundlage ist die deutsche christliche und abendländische Überlieferung. Jede Art von Rassenkult wird ausgeschaltet.
8. Der Zentralismus wird als undeutsch abgelehnt. Deutschland gliedert sich in selbstständige freie Länder. Ihr Zusammenschluss erfolgt in der Form des freien republikanischen Bundes.
9. Die überlieferte deutsche Selbstverwaltung der Gemeinden und provinziellen Verbände wird wieder hergestellt. Die Staatsverwaltung ist zu vereinfachen.
10. Das Recht auf Eigentum wird gewährleistet. Die Eigentumsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohles geordnet. Durch gerechten Güterausgleich und soziale Lohngestaltung soll es dem Nichtbesitzenden ermöglicht werden, zu Eigentum zu kommen. Das Gemeineigentum darf soweit erweitert werden, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Das Bank- und Versicherungswesen unterliegt der staatlichen Kontrolle.
11. Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien körperlichen Selbstverwaltung. Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen. Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit werden erhalten. Mittel- und Kleinbetriebe werden gefördert und vermehrt.
12. Die menschliche Arbeit wird gewertet als sittliche Leistung nicht aber als bloße Ware. Im Zuge einer großangelegten Arbeitsbeschaffung ist die Beteiligung aller Arbeitswilligen am Aufbau des deutschen Lebensraumes zu ermöglichen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden tariflich geregelt. Der erwachsene arbeitende Mensch hat Anspruch auf einen Lohn, der ihm die Gründung und Erhaltung einer Familie ermöglicht. Die Leistungen der Sozialversicherung bleiben erhalten. Der Aufbau der Gewerkschaften und der sonstigen Berufsvertretungen ist zu sichern.
13. Ein kräftiger Bauernstand ist das Fundament eines gesunden Volkslebens. Durch planmäßige Pflege aller Zweige der Landwirtschaft ist die Erzeugung zu heben und die Ernährung unseres Volkes zu sichern. Durch eine großzügige Innensiedlung ist die Zahl der selbstständigen Bauernhöfe und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu vermehren.

14. Das Handwerk ist ein selbstständiger und gleichberechtigter Berufsstand neben Industrie, Landwirtschaft und Handel. Das handwerkliche Genossenschaftswesen wird gefördert. Die handwerkliche Selbstverwaltung bleibt erhalten.
15. Die nach der Katastrophe des Hitlerregimes in besonderem Ausmaß wachsenden Lasten sind nach sozialen Gesichtspunkten gerecht zu verteilen. Die Kriegsschäden sind als gemeinsame Last auf das ganze Volk umzulegen. Ihre Regulierung darf nur nach Maßgabe des Vermögens und des Einkommens des einzelnen erfolgen. Die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen sind von der Entschädigung auszuschließen. Die Gewinne der nationalsozialistischer Konjunkturzeit und die Kriegsgewinne sind durch besondere Steuer zu erfassen.
16. Die zerstörten Städte und Dörfer werden wieder aufgebaut. Der vorhandene Wohnraum wird bewirtschaftet. Durch ein großzügiges Bauprogramm wird neuer Wohnraum geschaffen. Die Großstädte werden durch Anlage gesunder Außensiedlungen aufgelockert. Das Eigenheim wird gefördert. Unzulängliche Behelfsheime sind zu vermeiden.
17. Alle Formen des öffentlichen Gemeinschaftslebens kommen aus der Demokratie. Ein Mißbrauch der Demokratie, vor allem zu nichtdemokratischen Zwecken, wird nicht geduldet. Der Staat schützt sich und seine Einrichtungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.
18. Das Parlament ist auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu wählen.
19. Das öffentliche Leben und die gesamte Wirtschaft sind von unzuverlässigen Elementen zu säubern. Ein zuverlässiges und staatstreues Berufsbeamtentum wird wiederhergestellt.
20. Die Grundlage der deutschen Außenpolitik ist die Achtung fremden Volkstums und die treue Innehaltung der Verträge. Es muß Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine Versündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist. Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden.

Deutsche Männer und Frauen!

Das sind die Leitsätze der

Christlichen Demokraten Deutschlands!

Sammelt euch um sie!

Helft mit ein neues und schöneres Deutschland aufzubauen auf dem unerschütterlichen Fundament des Christentums und der abendländischen Kultur.

Köln, im Juni 1945.

Deutsches Volk!

In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei

Christlich - Demokratische Union Deutschlands

aus heißer Liebe zum deutschen Volk die **christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung**, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.

Unsagbar schwer ist unsere Aufgabe. Nach 1918 rettete die politische Führung Organe des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus dem militärischen Zusammenbruch. Unzerstörte Städte und Dörfer, Fabriken, Werkstätten, Felder und Wälder blieben als Grundlage für einen allmählichen Aufstieg des Volkes erhalten:

Heute aber stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft, vor einem

Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte.

Dieses Mal trieb ein gewissenloser Diktator mit seinem Anhang einen frivol entfesselten Krieg bis zu letztem Ausbluten unseres Volkes. Hitler ließ das Land in Schutt und Verödung zurück. Mit verlogenen nationalen Phrasen und hohlen Friedensbeteuerungen hat er das eigene Volk und andere Völker getäuscht und den Idealismus unserer Jugend schändlich mißbraucht. So mußte diese Jugend, die im guten Glauben für ihr Vaterland kämpfte, das Opfer einer wahnwitzigen Führung werden. Groß ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten. Jede Schuld verlangt Sühne. Mit den Schuldbeladenen leidet auch die große Zahl der Deutschen, die ihren Schild reinhielten. Sie vermochten sich gegen Gewalt und Terror nicht durchzusetzen. **Kämpfer echter demokratischer Gesinnung**: evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes litten und starben unter diesem Terror. Im Geiste ihres Vermächtnisses, geeint durch die gleiche Liebe zu unserem Volke erkennen wir unsere Pflicht, mit diesem Volke den Weg der Sühne

den Weg der Wiedergeburt

zu gehen.

Das furchtbare Ausmaß von Unrecht, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachlässig, in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rachsucht, zur Rechenschaft zu ziehen. An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit soll jetzt **der wahrhaft demokratische Staat** treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.

Das Recht muß wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden. An Stelle der Lüge: „Recht ist, was dem Volke nutzt“, muß die ewige Wahrheit treten: „**Dem Volke nutzt nur, was Recht ist**“. Die Unabhängigkeit und der geordnete Gang der Rechtspflege sind wieder herzustellen. Der Ruf nach gerechten Richtern geht wie ein einziger Schrei durch das ganze deutsche Volk. Jede Willkür ist auszuschließen. Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben. Das öffentliche Leben muß in strenger Sparsamkeit weitgehend auf Selbstverwaltung, freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit aufgebaut werden. Die Volksvertretung soll die **brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien** und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen.

Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich **frei hält von Lüge**, Massenwahn und Massenverhetzung und eine verantwortungsbewußte Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz. Wir verlangen **geistige und religiöse Gewissensfreiheit**, Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.

Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder muß gewahrt werden, die Jugend in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung erzogen werden. Der von der Kirche geleitete Religionsunterricht ist Bestandteil der Erziehung. Durch die verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung hat Hitler weite Teile der Jugend vergiftet. Sie muß wieder zur Erkenntnis wahrer sittlicher Werte geführt werden. Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten und die **Lehren echter Humanität**, deren deutsche Känder der ganzen Menschheit gehören, sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.

Das unermessliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf **persönliche Interessen** und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das

Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit

geht allem voran. Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die **Bodenschätze in Staatsbesitz** übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das **Privateigentum**, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrie, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbaumöglichkeit für das **selbständige Handwerk**, das nach Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende **ländliche und gärtnerische Siedlung** muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landarbeiter sind ein unerlässlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.

Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. **Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten** zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt.

Wir sind uns der Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen, für die Kriegsopter, die Opfer des Hitlererrors und für die Versorgungsberechtigten bewußt.

Eine charitative Arbeit muß sich ungehindert entfalten können. Wir sagen den **Müttern und berufstätigen Frauen**, daß alles geschehen wird, um das stille Heldentum ihres immer schwerer gewordenen Alltags schnell zu erleichtern. Für

die Beziehungen zu anderen Völkern

wünschen wir die Geltung der gleichen Grundsätze der **Freiheit und Gerechtigkeit** wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben. Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung innerer Wiedergesundung sollen die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern geben. Wir hoffen dabei auf das Verständnis der Besatzungsmächte für die grenzenlose Notlage des deutschen Volkes und auf ihre sachliche Hilfe, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Erschüttert stehen wir an den frischen Gräbern unserer Toten. Wir vergessen **unsere Kriegsgefangenen** nicht. Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.

Deutsche Männer und Frauen!

Wir rufen euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem

Ruf zu einer großen Partei

die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.

Wir rufen die Jugend, die durch den Krieg und Zusammenbruch schwer getroffen, vor allem zur Gestaltung der Zukunft mitverantwortet ist.

Wir rufen die Frauen und Mütter, deren leidgeprüfte Kraft für die Rettung unseres Volkes nicht entbehrt werden kann.

Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbauwillen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.

Berlin, den 26. Juni 1945.

Andreas Hermes

Heinrich F. Albert
Hans von Arnim
Eduard Bernoth
Theodor Bohner
Emil Dovifat
Margarete Ehler
Josef Erasing
Johann Eudenbach
Ferdinand Friedensburg
Willy Fuchs
Otto-Heinrich
von der Gablentz

Wilhelm Happ
Peter Hensen
Artur Herzog
Ernst Hülse
Paulus van Husen
Jakob Kaiser
Heinrich Krone
Ernst Lemmer
Otto Lenz
Hans Lukaschek
Reinhard Moeller
Katharina Müller

Elfriede Nebgen
Otto Nuschke
Rudolf Pechel
Eberhard Plewe
Ferdinand Sauerbruch
Walter Schreiber
Martin Schwab
Hildegard Staehle
Theodor Steltzer
Heinrich Vockel
Graf York
von Wartenburg

Sitz der Reichsgeschäftsstelle der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“:
Berlin W 8, Jägerstr. 59-60.

Nächste Geschäfts- und Meldestelle: